



Kreistagsfraktion der AfD

Altenkirchen, den 05.07.2023

Herr Landrat Otto Rubly

Trierer Straße 49-51

66869 Kusel

Sehr geehrter Herr Landrat Otto Rubly,

die AfD-Fraktion stellt für die nächste Kreistagssitzung folgenden Antrag:

Der Kreistag Kusel möge folgende Resolution beschließen:

„Vollständige Übernahme kommunaler Asylkosten durch das Land“

Die Asyl- und Migrationspolitik verursacht seit langem hohe Kosten auf allen Ebenen. Beim Bund, beim Land und bei den Kommunen. Auch der Haushalt der/des Kreis Kusel wurde in der Vergangenheit durch die Asylzuwanderung erheblich belastet, ja durch die ADD aktuell nicht genehmigt. Zwar gab es Zuschüsse aus Berlin und Mainz, aber diese waren nicht annähernd kostendeckend. Jahr für Jahr verblieben und verbleiben so erhebliche Belastungen bei Kreis und damit letztlich bei den steuerzahlenden Bürgern. Es kann nicht sein, dass der Kreis freiwillige Leistungen für seine Bürger und Bürgerinnen kürzt, währenddessen Land aber auch der Bund die höchsten Steuern und Abgaben weltweit, ihren Bürger und Bürgerinnen immer mehr vorenthält.

Die kommunalen Spitzenverbände haben die Landesregierung aufgefordert, den Kommunen die Ausgaben für die Asylzuwanderung vollständig zu erstatten. Nach ihren Berechnungen kostet die Asylaufnahme für unsere Kreise, Städte und Gemeinden allein im Jahr 2023 300 Mio. Euro. Erstattet werden davon gerade einmal 40 Prozent. Auf der Differenz von 180 Mio. Euro bleiben die Kommunen sitzen.

Hinzu kommt, dass die Landesregierung die vom Bund für Flüchtlinge zur Verfügung gestellten Gelder nur zu einem Teil weitergibt. Bereits von der Integrationspauschale, die der Bund von 2016 bis 2021 zahlte, hat sie mehr als die Hälfte vereinnahmt. Auch von den jetzt an Rheinland-Pfalz zugewiesenen 163 Mio. Euro für die Asylaufnahme reicht die Landesregierung lediglich 121,6 Mio. an die Kommunen weiter. Die restlichen 40 Mio. behält sie für den Landeshaushalt ein.

Dieses Vorgehen ist aus Sicht des Kreistages Kusel nicht akzeptabel. Wir erwarten eine vollständige Weitergabe aller Asyl-Zuschüsse an die Kommunen und die Erstattung sämtlicher Asylkosten durch das Land. Es kann nicht sein, dass unsere Bürger am Ende wieder einmal mit höheren Steuern für die Versäumnisse der Politik aufkommen müssen.

In diesem Sinne fordert der Kreistag Kusel die Landesregierung auf,

- die vom Bund für Aufnahme und Integration von Flüchtlingen zur Verfügung gestellten Gelder ohne Abzüge an die Kommunen weiterzugeben,
- die asylbedingten Vollkosten der Kommunen für das Jahr 2022 und die folgenden Jahre nach betriebswirtschaftlichen Methoden zu ermitteln,
- den Kommunen die Differenz zwischen den für 2022 ermittelten Vollkosten und den bisher erfolgten Erstattungen für 2022 bis Jahresende 2023 zu begleichen,
- den Kommunen ab 2023 die ermittelten Vollkosten jeweils bis zum 1. September des Folgejahres zu erstatten.

Kosten bei Annahme des Antrags: Keine

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'Alwin Zimmer', written in a cursive style.

Fraktionssprecher AfD Fraktion